

Humanität und christliche Verantwortung bestimmen den Umgang mit Flüchtlingen

Treffen Ministerrat Rheinland-Pfalz/Evangelische Kirchen Humanität und christliche Verantwortung bestimmen den Umgang mit Flüchtlingen

Mainz. 3. November 2015. Als Gebot der Humanität und der christlichen Verantwortung haben die rheinland-pfälzische Landesregierung und die drei evangelischen Kirchen den Umgang mit Flüchtlingen im Land bezeichnet. Bei einem Treffen in Mainz betonten Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Integrationsministerin Irene Alt sowie die Kirchenpräsidenten Volker Jung (Hessen-Nassau), Christian Schad (Pfalz) und Vizepräsident Christoph Pistorius (Rheinland), dass eine sachgerechte und menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden müsse.

Notwendig sei darüber hinaus, dass neben der Bewältigung der Erstaufnahme so früh wie möglich begonnen werde, die Menschen, die bleiben, zu integrieren: „Wir stehen vor einer sehr großen Herausforderung, die wir als Landesregierung aber auch als große Chance begreifen. Deshalb setzt sich die Landesregierung mit großem Engagement dafür ein, die Menschen, die bleiben werden, in unseren KiTas, Schulen und im Arbeitsleben zu integrieren. Bildung und Arbeit sind die Schlüssel einer gelingenden Integration“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Die Vertreter der Kirchen betonten das große Engagement der Ehrenamtlichen. Hier müsse man jedoch erkennen, dass nicht alle Aufgaben auf Dauer ehrenamtlich betrieben werden könnten. Die Landeskirchen und ihre Diakonie böten dazu Unterstützung in ihren Kernkompetenzen Verfahrensberatung, psychosoziale Beratung, traumaspezifische Versorgung und die Begleitung Ehrenamtlicher an, sagte Vizepräsident Pistorius.

Die Kirchen- und Regierungsvertreter setzen sich zugleich für eine wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Dazu zählen neben den Kriegen und Krisen in den Herkunftsländern nach Ansicht der Kirchen auch ungerechte Wirtschaftsbeziehungen in der globalisierten Welt. Gemeinsam treten Kabinett und Kirchenleitungen für ein gerechtes neues Gesamtkonzept der Flüchtlingsaufnahme in Europa ein, das auch legale Wege nach Europa eröffne. Notwendig sei zudem eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge auf alle Staaten der Europäischen Union, die an den Menschenrechten orientiert sein müsse.

Als Chance für eine Diskussion über das Wertesystem in Europa sehen die Kirchen- und Regierungsvertreter die Vorbereitung und Durchführung des Reformationsjubiläums 2017. Mit dem Europäischen Stationenweg, der durch 19 Länder und 68 Orte führt, darunter auch Worms und Speyer, verbänden sich die Fragen nach der europäischen Seele und der europäischen Verantwortung. Durch das Projekt entstünden über Grenzen hinweg Begegnungen und Gespräche, die Europa gerade jetzt brauche, erklärten Kirchenpräsident Christian Schad und der Reformationsbeauftragte der Landesregierung, Justizminister Gerhard Robbers.

Entschieden treten Landesregierung und evangelische Kirchen im Lande dafür ein, dass die schon jetzt Benachteiligten und Schwachen der Gesellschaft im Blick bleiben müssen und nicht der Eindruck entstehen dürfe, die Politik kümmere sich nur um die Flüchtlinge. Eine Spaltung der Gesellschaft und ein Abhängen derjenigen, die ebenfalls auf Unterstützung angewiesen sind, muss

03-07-24

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Humanität und christliche Verantwortung bestimmen den Umgang mit Flüchtlingen
unbedingt vermieden werden, erwartete die Ministerpräsidentin, die Kirchenpräsidenten und der Vizepräsident. Daher hatten auch das Thema Armut und Reichtum und Fragen der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Lebenslagen älterer Menschen auf der Tagesordnung des Gesprächs gestanden.

Hintergrund:

In Rheinland-Pfalz liegen die Kirchengebiete von drei evangelischen Landeskirchen: Die Evangelische Kirche von Hessen und Nassau (EKHN) in den ehemaligen Regierungsbezirken Rheinhessen und Montabaur, die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) überwiegend in den ehemalige Regierungsbezirke Koblenz und Trier sowie die Evangelische Kirche der Pfalz (EKP) im ehemaligen Regierungsbezirk Pfalz.

Volker Rahn, Pressesprecher der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

TEILEN

[DOWNLOAD PDF](#) [DRUCKEN](#)

[<< zurück](#)